

## DRINGLICHKEITSANTRAG

## Maskenpflicht im ÖPNV bleibt – zumindest vorerst

FDP und AfD sind im Landtagsplenum mit Dringlichkeitsanträgen zur sofortigen Abschaffung der Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gescheitert. Dominik Spitzer (FDP) hatte den Vorstoß seiner Fraktion damit begründet, dass es keinen Sinn ergebe, wenn nur noch im ÖPNV Maske getragen werden müsse. Zudem würden Ansteckungs- und Hospitalisierungszahlen kontinuierlich sinken, 95 Prozent der Bevölkerung hätten inzwischen durch Impfung oder nach Genesung Antikörper gegen das Coronavirus gebildet. „Das alles spricht für ein Ende der Maskenpflicht“, sagte Spitzer. Wer sich dennoch weiter schützen wolle, könne die Maske eigenverantwortlich tragen.

Dem pflichtete Andreas Winhart (AfD) bei, verwies aber darauf, dass die FDP damit eine alte Forderung seiner Fraktion aufgreife. Zudem gehe der FDP-Antrag nicht weit genug, weil er das Ende der Maskenpflicht im Fernverkehr ausspare.

Nach Einschätzung von Carolina Trautner (CSU) käme das Aus für die Maskenpflicht im ÖPNV zu früh. Man befinde sich am Anfang der kalten Jahreszeit, in der die Infektionsgefahr schon immer höher sei. Bedacht werden müsse zudem, dass viele Beschäftigte für den Weg zur Arbeit auf Busse und Bahnen angewiesen seien, darunter auch Beschäftigte in sensiblen Berufen wie der Kranken- und Altenpflege.

So sah das auch Ruth Waldmann (SPD). Die Forderung nach Abschaffung der Maskenpflicht komme „zur Unzeit“. Christina Haubrich (Grüne) hob den effektiven Ansteckungsschutz von Masken hervor. Gerade im ÖPNV trafen viele Menschen auf engstem Raum aufeinander, deshalb könne dort auf Schutzmaßnahmen noch nicht verzichtet werden. Eine Maske tragen zu müssen sei „keine massive Freiheitseinschränkung“.

Staatskanzleiminister Florian Herrmann (CSU) kündigte eine Überprüfung der ÖPNV-Maskenpflicht mit dem Auslaufen der aktuellen Corona-Schutzverordnung am 9. Dezember an. Man werde dann je nach Lage eine „faktenbasierte und wissenschaftsfundierte Entscheidung“ treffen. Aus diesem Grund bezeichnete Susann Enders (FW) die Anträge von FDP und AfD als überflüssig. > JÜRGEN UMLAUFT